Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserm Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 308. Dienstag den 4. November 1879. 73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

An den hiesigen Volksschulen sind nächste Ostern **20 provisorische Lehrerstellen** zu besetzen, mit denen bei 26 wöchentlichen Unterrichtsstunden ein jährlicher Gehalt von 1500 ℳ verbunden ist. Bewerber, welche die Wahlfähigkeitsprüfung bestanden haben, wollen Gesuche und Zeugnisse über die Candidaten- und Wahlfähigkeitsprüfung, sowie über die Amtsthätigkeit **bis zum 30. November d. J.** bei uns einreichen.

Leipzig, am 3. November 1879.

Der Schulausschuß.
Dr. Panitz. Lehnert.

Kundgebung von Wünschen in Betreff der Form der Mustersendungen.

Dem Verkehrsausschusse der Handelskammer liegt eine Eingabe zur Berathung vor, in welcher die neue Vorschrift über die zulässige Form der Mustersendungen (bis 20 × 10 × 5 cm) als für den Verkehr — namentlich nach dem Auslande, wohin schwerere Briefe zu theuer sind — in hohem Grade lästig bezeichnet, und ein Format von 35 × 15 × 5 cm in Vorschlag gebracht ist.

Damit das Bedürfniß des Handelsstandes in wirklich entsprechender Weise zum Ausdruck komme, bitte ich etwaige abweichende Wünsche

bis zum 6. November

schriftlich an das Bureau der Handelskammer, Neumarkt 19, gelangen zu lassen.

Leipzig, den 1. November 1879.

Der stellvertretende Vorsitzende der Handelskammer.
J. C. Eichorius. Dr. Gensel, S.

Deutschlands Nordost-Grenze.

Das letzte Heft der „Oesterreichischen Militairischen Zeitschrift" enthält aus der Feder des k. k. Generalstabshauptmanns Kirchhammer einen Artikel über „Deutschlands Nordost-Grenze", ein Thema, das angesichts der Verstimmung zwischen Rußland und Deutschland besonderes Interesse verdient.

Die Linie der deutschen Vertheidigung — Pregel, Weichsel, Netze, Warthe und Oder —, so sagt der Verfasser, bilde eine fast ununterbrochene, dem Angreifer so große Schwierigkeiten bietende Front, „daß sie von keiner auf dem europäischen Continent an Stärke übertroffen wird." Diese natürliche Stärke ist nun mit Hülfe eines guten Theils der französischen Milliarden durch die Kunst noch wesentlich erhöht worden. Seit 1871 wurde an der Vervollständigung der drei großen Vertheidigungssysteme Königsberg-Thorn-Posen und Breslau ununterbrochen bis zum heutigen Tage mit eben so viel Rührigkeit als Verständniß gearbeitet. Eine imposante Schöpfung moderner Befestigungskunst, erhebt sich heute stolz und warnend das permanent verschanzte Lager von Königsberg als Mittelpunct des weitausgreifenden Vertheidigungssystems am Pregel. Noch größere Sorgfalt wurde aber dem zweiten, wichtigeren Vertheidigungssysteme Posen-Thorn gewidmet. Der kürzeste Weg zum Herzen Deutschlands, die „Hauptschwerpunctslinie", durchzieht dasselbe. Drei Vertheidigungslinien treten hier in engste Wechselbeziehung: die Weichsel, die Netze, die Warthe. Wäre das deutsche Heer gezwungen, die Vertheidigung am Pregel aufzugeben, so fände es bei Thorn die denkbar wünschenswertheste Sicherung. Die Verbindung mit Berlin ist durch die starke Netze-Linie gedeckt. Gegen einen Angriff von Ostpreußen her hätte es bei Thorn die gesichertste und freieste Verbindung nach West und Südwest. Gegen den gefährlicheren Angriff von Warschau und vom linken Weichsel-Ufer her hätte es die starke Weichsel-Linie bis zum Meere gerade hinter sich. Nicht auf der einen und nicht auf der anderen Linie dürften sonach die Russen den Meridian von Thorn überschreiten, ohne sich strategisch bloßzustellen. Sie sind daher unbedingt gezwungen, zuerst das starke Thorn anzugreifen und die Vertheidiger von da zu vertreiben. Nun haben aber hier die mächtige Weichsel, ihr Anschluß an die feste Netze-Linie und die schiffbare Drewenz die Vorbedingung zu einer Gruppenfestung geschaffen, aus welcher deutsche Vertheidiger kaum je vertrieben werden könnten und die den Angreifer stets zu einer mißlichen Theilung seiner Kräfte zwingen würde. Seit mehr denn sechs Jahren sind preußische Genie-Officiere mit vielen Tausenden von Arbeitern unausgesetzt thätig, um Thorn zu einer Lagerfestung ersten Ranges und zu einem doppelten Angriffs-Brückenkopfe zu machen. Der Erweiterungsbau wird 1880 vollendet sein. Auch bei Posen geht im nächsten Jahre der aus 11 Werken bestehende Gürtel detachirter Forts seiner Vollendung entgegen. — Am schwächsten ist das dritte, südliche Vertheidigungssystem an der deutsch-russischen Grenze. In Oberschlesien, wo sich die Vertheidigung am liebsten niederlassen möchte, wird sie durch Naturhindernisse fast gar nicht unterstützt. Die obere Oder und die Neisse kommen militairisch nur wenig in Betracht. Die schlesischen Festungen tragen daher in jenem Raume den Charakter von „Plätzen im offenen Felde". Erst an der mittleren Oder finden sich natürliche Bedingungen für ein Vertheidigungssystem, dessen Hauptnerv Breslau wäre. Nun hat aber die preußische Kriegsverwaltung bisher Nichts gethan, um dieses Vertheidigungssystem durch Festungswerke zu heben. Daß jedoch darin keine Unterlassungssünde zu erblicken ist, erhellt aus den Bedingungen des russischen Angriffs gegen Deutschland.

Zunächst ist zu berücksichtigen, daß der Ausgang des russischen Angriffs an die Linien der Weichsel, des Bug und des Niemen gebunden ist; Grodno, Nowo-Georgiewsk, Warschau, Iwangorod, Czenstochau und Brest-Litewski sind hier zu nennen. Die russische Basis ist im Verhältnisse zur Ausdehnung des deutschen Kriegsschauplatzes zu klein und von Haus aus umfaßt, und zwar in der rechten Flanke von der Provinz Preußen, in der linken von Oesterreich, welches von Galizien aus das Weichselland bis Iwangorod strategisch beherrscht. Der Verfasser schreibt daher wörtlich: „Die Freundschaft oder doch die Neutralität Oesterreich-Ungarns ist für Rußland im Kriegsfalle gegen Deutschland militairisch von denkbar größtem Werthe." Eine russische Armee, auf der Hauptoperationslinie Warschau-Posen-Berlin im Vormarsche begriffen, läßt die Provinz Preußen in der Flanke und im Rücken. Die russische Armeeleitung muß daher ihre Kräfte theilen und eine zweite Armee zur Operation gegen die gedachte Provinz verwenden, deren überaus starke vertheidigungsfähige Stellungen am Pregel wir schon Eingangs erwähnt hatten. Dagegen zeigt Preußisch-Schlesien die Achillesferse des deutschen Grenzgebietes. Ganz offen liegt das reiche Breslau da. Hält man Dies mit den Schwierigkeiten zusammen, welchen der russische Angriff auf den nördlichen Operationslinien begegnet, so ist es begreiflich, daß die russische Armee bestrebt sein wird, eine Erweiterung ihrer Basis in Schlesien zu suchen. Dies vermag sie aber, wie gesagt, nur mit der Erlaubniß Oesterreich-Ungarns.

In noch höherem Grade hat aber Deutschland das zwingende Bedürfniß, bei einem Angriff gegen Rußland seine Basis nach Schlesien hin auszudehnen. „Die deutsche Offensive" — lesen wir da — „kann in das Innere Rußlands nur getragen werden, wenn sie Herrin des „Weichsellandes", Russisch-Polens, ist. Darin, daß Deutschland den Besitz desselben vor Allem erstreben muß, daß die Occupation Russisch-Polens der erste große Act der deutschen Offensive sein muß, liegt das Geheimniß des hohen Werthes dieser Provinz im Vertheidigungssystem des Czaren-Reiches." Nun besäße die deutsche Operationsbasis gegen Rußland, beziehungsweise Russisch-Polen alle wirthschaftlichen und militairischen Bedingungen, wenn sie gesicherte Flanken hätte. Die linke Flanke ist durch die Ostsee gedeckt, nicht so die rechte. Von Böhmen und Schlesien aus wird die deutsche Basis gegen Rußland in Flanke und Rücken bedroht. „Ganz Preußisch-Schlesien scheint dem Ausgang einer Feldschlacht preisgegeben. Deutschland hat sonach in einem Kriege gegen Rußland militairisch das denkbar größte Interesse, Oesterreich-Ungarn zum Freunde zu haben, zum Mindesten seiner Neutralität sicher zu sein."

Das zu beweisen, war offenbar der Hauptzweck des österreichischen Militairs.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 3. November.

Die ziemlich farblose Haltung der **preußischen Thronrede** und das treue Zusammenstehen der nationalliberalen und der freiconservativen Abgeordneten bei der Präsidentenwahl belebt noch immer die Hoffnungen auf einen leidlich friedlichen Verlauf und ein erfreulich gemäßigtes Ergebniß der beginnenden Session. Wir bedürfen für ganz Deutschland nach den bedauernswerthen Wirren der jüngsten Reichstagssession dringend einer Pause der innerlichen Sammlung. Die zum Theil ermattete, zum Theil krankhaft erregte Volksstimmung muß Zeit erhalten, sich zu setzen und zu klären. Es muß in allen Schattirungen in der großen gemäßigt-liberalen Partei diesmal das überwiegende gemeinsame Streben dahin gehen, der Regierung die Initiative für die großen Aufgaben der Lage zu überlassen, dieselbe hierbei nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen, dagegen allen Versuchen zu einer grundsätzlichen „Umkehr" oder Reaction mit vereinten Kräften fest entgegenzutreten. Diese Auffassung der Aufgabe des preußischen Landtags hält auch die „Köln. Ztg." fest und sie wird in ihrer Hoffnung des Gelingens dadurch bestätigt, daß Herr v. Bennigsen diesmal nicht durch Präsidentschafts-Obliegenheiten der so besonders wichtigen Fractionsleitung wieder entzogen ist. Wenn Lasker's Einfluß in der nationalliberalen Fraction zeitweilig größer gewesen ist, als vielleicht den meisten ihrer Angehörigen erwünscht und als jedenfalls zum Vortheil der Partei war, trug daran Herrn v. Bennigsen's und früher schon Herrn v. Forckenbeck's Entrückung auf den Präsidentenplatz eine erhebliche Mitschuld. Diese Verwendung einer unentbehrlichen Persönlichkeit zerriß alle natürlichen Verhältnisse und hinderte mehr als Etwas die innere Befestigung jener Parteizucht, ohne die kein durchschlagender Erfolg zu haben ist. Der allgemein anerkannte Führer führte nicht thatsächlich — der thatsächliche Führer wurde immer widerwilliger anerkannt und ertragen. Ein anderer Ausfall der Präsidentenwahl würde scheinbar die Bildung einer gemäßigt-liberalen Mittelpartei besser gefördert haben; allein der jetzt wirklich erfolgte Ausfall bezeichnet die Lage aufrichtiger, hält einen falschen Optimismus besser zurück und erleichtert die hoffentlich bevorstehenden ernsthaften Fractionsarbeiten für die Gründung einer dauerhaften, von möglichst einmüthigem Vertrauen des deutschen Bürgerthums in Stadt und Land nachhaltig getragenen, ebenso liberalen wie nationalen großen Landtagsfraction der gemäßigten Liberalen.

Ob unter dem gegenwärtigen Justizminister Dr. Friedberg das preußische Justizministerium und das **Reichsjustizamt** in einer Hand vereinigt werden sollen, wird von der Zustimmung der Mittelstaaten abhängen. So ist es zu verstehen, wenn von officiöser Seite „vorbereitende Besprechungen" angekündigt werden, welche diese Personalunion zum Gegenstande haben. Man weiß, daß die Mittelstaaten und namentlich ihre Justizminister sich nicht für diesen Plan begeistern, welchen sie kurzweg als einheitsstaatlichen Nationalliberalismus bezeichnen. Die Entwürfe für eine Personalunion zwischen den hauptsächlichsten Ressorts des Reiches und Preußens reichten bekanntlich damals weiter, als Herr von Bennigsen die Varziner Reise unternahm. Damals sollten vereinigt werden: 1) das preußische Finanzministerium und das Reichsschatzamt; 2) das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten und das Reichseisenbahnamt; 3) das Justizministerium und das Reichsjustizamt. Bisher ist schon das preußische Handelsministerium mit dem Reichskanzleramt vereinigt worden, aber diese Union hat sich nicht als von großer praktischer Bedeutung erwiesen. Es war Das vorauszusehen, und wohl aus diesem Grunde hat man im Bundesrathe keinen Einspruch dagegen erhoben. Bei dem Justiz-Ressort scheint die Sache anders zu liegen.

Die augenblickliche finanzielle Lage des **preußischen** Staates ist natürlich nicht geeignet, in Entzücken zu versetzen, und darum begegnet man jetzt oft recht herben, aber leider nicht unbegründeten Urtheilen über dieselbe. So sagt z. B. das neueste „Berliner Montagsblatt":

Der preußische Staat befindet sich augenscheinlich in der Lage eines Familienvaters, welcher in den sieben fetten Jahren zwar nicht über seine Verhältnisse gelebt, aber doch derartig gewirthschaftet hat, daß Verdienst und Ausgabe im gleichen Verhältniß gewachsen sind. Gehen die Einnahmen nun zurück, so ist es nur sehr wenigen starken Charakteren im Privatleben gegeben, auch die Ausgaben derart einzuschränken, daß sie sich den verminderten Hülfsquellen anpassen. Die Gewohnheit, auf großem Fuße zu leben, ist schwer zu besiegen, und auch der Staat, dessen Finanzwirthe den Milliardensegen und die Einnahmen für unerschöpflich gehalten, welche der heute so stark verhehmte „volkswirthschaftliche Aufschwung" geliefert, ist nur in den seltensten Fällen dahin zu bringen, seine Ausgaben den veränderten schlechteren Verhältnissen gemäß herabzusetzen. So sind wir denn in das Zeichen des Finanzkrebses, in die Tage des Deficits und der Anleihedeckung getreten, Tage, von denen wir Alle sagen, sie gefallen uns nicht. Unrecht wäre es freilich, den neuen Finanzminister Bitter für diesen Zustand der Dinge verantwortlich zu machen. Täusche ich mich nicht, so schleppen wir schon lange diesen Krankheitsstoff in unserem Finanzkörper mit herum, und es ist jetzt vielleicht die Zeit, Herrn v. d. Heydt ein wenig gerecht zu werden, der uns — freilich vor der Milliarden-Epoche — ein so ungeschminktes Bild unserer Budgetzustände ausmalte, daß er ob seiner „Schwarzseherei" sein Ministerium an „Goldonkel" Camphausen abtreten mußte. Der verstand freilich, die traurigen Deficit-Nebelbilder verschwinden zu machen — aber daß auch er nicht die Kunst verstand, Gold aus Häckerling hervorzuzaubern, zeigt deutlich die Gegenwart mit ihren trüben Zuständen. Vielleicht hat man bei uns das gut bürgerliche: „Spare in der Zeit, so hast du in der Noth" nicht recht verstanden. Thatsache ist, daß wir einem deckungsbedürftigen Deficit von 48 Millionen gegenüberstehen und daß das Trugbild einer Erleichterung der directen Steuern mit Hülfe der vom Reichstag neu bewilligten indirecten Reichssteuern wie mit einem Zauberschlage verschwunden ist, nachdem es seine politischen Dienste gethan, d. h. den Liberalismus im Lande bloßgestellt und auch im Landtage eine handfeste conservativ-klerikale Mehrheitspartei zu Stande zu bringen geholfen hat.

Das Befinden des Justizministers Dr. **Leonhardt** ist leider ein derartiges, daß es zu den trübsten Besorgnissen Anlaß giebt.

Von ultramontanen Blättern wird erzählt, der **Kaiser** habe bei dem neulichen Empfange des Präsidiums der Generalsynode seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß die conservative Partei des Abgeordnetenhauses Herrn von Bennigsen wieder zum Präsidenten habe wählen wollen, während sie in ihren eigenen Reihen so viele zur Leitung befähigte Männer zähle. Glaubhaften Versicherungen zufolge sind derartige Aeußerungen bei dem gedachten Anlaß nicht gefallen; da von den empfangenen Herren keiner dem Abgeordnetenhause angehört, wären sie auch schwerlich als an die richtige Adresse gerichtet erschienen. Im Uebrigen weiß man längst, daß Herr v. Bennigsen bei Hofe keineswegs sehr beliebt ist; man kennt auch die Gründe dafür, die freilich dem Führer der hannoverschen Liberalen nicht zur Unehre gereichen.

Gutem Vernehmen nach wird der Oberbürgermeister **v. Forckenbeck** von liberalen Abgeordneten aufgefordert werden, nach Breslau zu gehen, um seinen schwerwiegenden Einfluß auf die nationalliberale Partei geltend zu machen, die sich wegen des confessionellen Haders über die Candidatur Lasker's nicht einigen kann. Es handelt sich zunächst darum, daß nach dem ersten Scrutinium Lasker zur engern Wahl kommt, damit auch die Fortschrittspartei für ihn stimmen kann. Das ist aber nur dann zu erwarten, wenn die nationalliberale Partei gleich beim ersten Wahlgange möglichst geschlossen für Dr. Lasker eintritt.

Aus Osnabrück wird geschrieben, daß bei der zu erfolgenden Präsentation für das Herrenhaus der Oberbürgermeister **Miquel** in Vorschlag gebracht werden soll. Offenbar wäre Das für die nationalliberale Partei ein Verlust, andererseits aber ein Gewinn, weil Miquel, der sich bisher nicht entschließen konnte, die Last zweier Mandate zu übernehmen, dann als Herrenhausmitglied eine Wahl für den Reichstag nicht ausschlagen dürfte.

Von Berlin aus war eifrig daran gearbeitet worden, die in Wiesbaden zusammengetretene Synode der **nassauischen** Landeskirche zu einem verhängnißvollen Schritte zu verlocken, zum Anschluß an die preußische Landeskirche. Der erwartete Erfolg ist indessen nicht erzielt worden, die Mehrheit der nassauer Synodalen wollte Nichts wissen von engerer Vereinigung mit einer Kirche, deren Beherrscher soeben in Berlin ein so widerwärtiges Schauspiel aufführen. Zu dem Ablehnungsbeschluß der Wiesbadener hat jedenfalls der aufregende Elbinger Vorgang Viel mit beigetragen. Simultanschulen sind in Nassau alteingewurzelt, wohlbewährt und gelten Katholiken wie Protestanten für eine Grundlage des bestehenden Friedens zwischen den verschiedenen Bekenntnissen. Dort daran rütteln wollen, hieße geradezu revolutionair verfahren. Aber wessen kann man sich heute nicht am Ende noch versehen? Die Nassauer üben daher nur eine gebotene Vorsicht, wenn sie den Anschluß an die preußische Landeskirche für jetzt entschieden ablehnen und ihre kirchliche Selbstbestimmung — als einen Damm gegen reactionaire Ueberfluthung von Berlin aus — ungeschmälert aufrecht erhalten.

Der König von Bayern hat ein Reglement über die Bekleidung und Ausrüstung der Truppen im Frieden genehmigt. Hiernach kommen insbesondere in Wegfall: die silberne Tressen-Einfassung auf den Schulterklappen der Zahlmeister-Aspiranten, die Capitulantenschnur für die Unterofficier-Chargen, die Auszeichnungsborten für die besten Schützen der Cavallerie, die Schützenschnüre nebst Signalpfeifchen bei der Infanterie, der Militairschießschule und den Jägern, die grünen Huppen bei der Infanterie, Waffenrock-Aufschläge und Kragen, ferner Mützenbesatz von schwarzem Tuche bei den Wallmeistern, endlich für das Friedensverhältniß die Uniform der Regimentssattler.

In Innsbruck ist am 2. November die erste protestantische Kirche Tirols feierlich eingeweiht worden.

Aus **Paris** ist wenig Neues und Interessantes zu berichten. Die dortigen Bäckergesellen (5 bis 6000) drohen mit einem Ausstand, wenn ihnen nicht eine Erhöhung des Arbeitslohnes von

SLUB
Wir führen Wissen.